

An die  
Energie-Control Austria für die Regulierung der  
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-Control)  
Rudolfplatz 13a  
1010 Wien

mit E-Mail:  
[recht-post@e-control.at](mailto:recht-post@e-control.at)

Geschäftszahl: 2026-0.074.514

BKA - V (Verfassungsdienst)  
[verfassungsdienst@bka.gv.at](mailto:verfassungsdienst@bka.gv.at)

**Dr. Valerie Trofaier-Leskovar, LL.M.**  
Sachbearbeiterin

[valerie.trofaier-leskovar@bka.gv.at](mailto:valerie.trofaier-leskovar@bka.gv.at)  
+43 1 53 115-203931  
Ballhausplatz 2, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte  
unter Anführung der Geschäftszahl an  
[verfassungsdienst@bka.gv.at](mailto:verfassungsdienst@bka.gv.at) zu richten.

Ihr Zeichen: V WVO 01/26

## **Entwurf einer Verordnung der E-Control über den Wechsel sowie die Neuanmeldung und Abmeldung (Wechselverordnung 2026, WVO 2026) Begutachtung; Stellungnahme**

Zu dem mit oz. Note übermittelten Verordnungsentwurf nimmt das Bundeskanzleramt-  
Verfassungsdienst wie folgt Stellung:

### **I. Allgemeines**

Zu legistischen Fragen wird allgemein auf die Internet-Adresse  
<https://www.bka.gv.at/agenda/verfassung/legistik.html> hingewiesen, unter der  
insbesondere

- die Legistischen Richtlinien 1990<sup>1</sup> (im Folgenden mit „LRL ...“ zitiert),
- die Richtlinien für die Verarbeitung und die Gestaltung von Rechtstexten (Layout-Richtlinien)<sup>2</sup> und
- verschiedene, legistische Fragen betreffende Rundschreiben des Verfassungsdienstes zugänglich sind.

---

<sup>1</sup> <https://www.bka.gv.at/dam/jcr:f4301575-c575-403b-9300-a7dc01ec1a51/legrl1990.pdf>

<sup>2</sup> [https://www.bka.gv.at/dam/jcr:ede84206-8d48-4ce3-bdc5-c9cbc0f24fb5/layout\\_richtlinien.doc](https://www.bka.gv.at/dam/jcr:ede84206-8d48-4ce3-bdc5-c9cbc0f24fb5/layout_richtlinien.doc)

Die Übereinstimmung der im Entwurf vorliegenden Verordnung mit dem Recht der Europäischen Union sowie mit den in Anspruch genommenen gesetzlichen Grundlagen ist vornehmlich von der verordnungserlassenden Behörde zu beurteilen.

## **II. Zum Verordnungsentwurf**

### **Zum Titel:**

Es wird angeregt, im Titel der Verordnung das verordnungserlassende Organ präziser zu bezeichnen und auch die Aussagekraft des Titels nach Möglichkeit zu erhöhen; es könnte etwa lauten:

**„Verordnung des Vorstandes der E-Control über den Wechsel des Energielieferanten sowie die Neu anmeldung und Abmeldung (Energielieferanten-Wechselverordnung 2026 – ELWV 2026)“**

### **Zur Promulgationsklausel:**

Es wird empfohlen, bei Zitaten anderer Rechtsvorschriften mit ihrem Kurztitel den bestimmten Artikel zu ergänzen (LRL 136). Zudem ist es bei Promulgationsklauseln üblich, für die Angabe der letzten Änderung die Wortfolge „zuletzt geändert durch ...“ zu verwenden (LRL 145).

Auf Grund

1. des § 26 Abs. 6 des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes (ElWG), BGBl. I Nr. 91/2025, und
2. des § 123 Abs. 7 des Gaswirtschaftsgesetzes 2011 (GWG 2011), BGBl. I Nr. 107/2011, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 50/2025,

in Verbindung mit § 7 Abs. 1 des Energie-Control-Gesetzes (E-ControlG), BGBl. I Nr. 110/2010, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 92/2025, wird verordnet:

### **Zur Gliederung:**

Es wird angeregt, die Grobgliederung gemäß der LRL 111 und Pkt. III.2.5.6 der Layout-Richtlinien zu gestalten. Demnach sollte in Abschnitte untergliedert werden und die entsprechenden Formatvorlagen („41\_UeberschG1“ und „43\_UeberschrG2“) zugewiesen werden.

#### **„1. Abschnitt Allgemeines**

##### **Anwendungsbereich**

§ 1. [...]

#### **2. Abschnitt Lieferantenwechsel**

[...]

### **Zu § 1:**

Es wird empfohlen, die Abkürzung „iSd“ in § 1 Abs. 2 auszuschreiben, da sie nicht in der Liste im Anhang 1 zu den LRL enthalten ist (LRL 148). Alternativ könnte das Wort „gemäß“ verwendet werden.

Nach Pkt. III.2.5.11 der Layout-Richtlinien sollten im Fließtext enthaltene Verweise auf Anhänge fett formatiert werden. Dies sollte auch an anderen Stellen des Entwurfs (§ 2 Z 13, § 3 und § 8 Abs. 1) berücksichtigt werden.

Die in dieser Verordnung sowie deren **Anhang** vorgesehenen Verfahren sind sinngemäß auf Abnahmeverträge gemäß § 6 Abs. 1 Z 1 ElWG anzuwenden.

### **Zu § 2:**

Der Ausdruck „und/oder“ sollte möglichst vermieden werden (LRL 26), zumeist wird das Bindewort „oder“ ausreichend sein.

In der legistischen Praxis ist bei der Zitierung unbezeichneter Gliederungseinheiten, wie zB einzelner Sätze, die Verwendung von Ordnungszahlen in ausgeschriebener Form üblich (also nicht: „1. Satz“, „Satz 1“, „Satz eins“, sondern: „erster Satz“).

Da § 2 als Aufzählung gestaltet ist, sollte am Ende der Z 9 und 10 ein Strichpunkt anstelle des Punkts gesetzt werden.

### **Zu § 8 und § 10:**

Es wird auf einen fehlenden Beistrich nach den Wort „möglich“ in § 8 Abs. 4 erster Satz und dem Wort „verhindern“ in § 10 Abs. 2 hingewiesen.

### **Zu § 13:**

Für die bessere Verständlichkeit wird angeregt zu prüfen, ob im Abs. 2 letzter Halbsatz das Verb vorangestellt werden sollte, sodass der Satz lautet:

“andernfalls ist der registrierte Lieferant umgehend über das Fehlen der Voraussetzungen zu informieren ~~ist~~.“

### **Zu § 14:**

Es wird angeregt, den Ausdruck „iSd“ in Abs. 4 durch das Wort „gemäß“ zu ersetzen.

### **Zu § 15 und 19:**

Einheitlich mit der Schreibweise „fünf Arbeitstage“ sollte es in § 15 Abs. 4 auch „zehn Arbeitstage“ und in § 19 Abs. 1 „zwölf Kalendertage“ lauten (vgl. LRL 141, wonach die Zahlen eins bis zwölf in Wörtern, die Zahlen von 13 aufwärts in Ziffern auszudrücken sind).

**Zu § 16:**

Verhaltenspflichten sollten durchgängig in befehlender Form gefasst werden (LRL 27). Anstelle der Wendung „Die Neu Anmeldung ... wird ... durchgeführt“ als zB „Der Netzbetreiber hat die Neu Anmeldung ... durchzuführen ...“.

**Zu § 17:**

Die Absatzbezeichnung „(1)“ kann entfallen, da § 17 bloß einen einzigen Absatz umfasst.

**Zu § 18:**

Zu Abs. 1 sollte erwogen werden, bereits im Wortsinn näher zu umschreiben, um welche Art von „Auszug“ es sich handelt.

**Zu § 20:**

Der Einschub „soweit Abs. 2 nichts anderes bestimmt,“ in Abs. 1 kann entfallen, da Abs. 2 nur das Außerkrafttreten der bisherigen Verordnung bestimmt.

In Abs. 2 wäre nach dem Fundstellenzitat ein Beistrich zu setzen

**Zum Anhang:**

Es wird angeregt, im Verordnungstext im Anschluss an die Inkrafttretensbestimmung einen Hinweis auf den Anhang (mit der Formatvorlage 71\_Anlagenbez) aufzunehmen.

Laut Pkt. 1.1 unterbrechen Samstage, Sonntage und Feiertage den Fristenlauf. Dazu sollte geprüft werden, ob nicht präziser von einer Hemmung des Fristenlauf gesprochen werden sollte. So wird (insbesondere in der zivilrechtlichen Diktion) unter Unterbrechung einer Frist üblicherweise verstanden, dass die Frist nach dem Wegfall des Unterbrechungsgrundes wieder neu beginnt und nicht nur die Frist um diese Tage verlängert wird.

Auf ein Tippversehen in Pkt. 2.2 wird hingewiesen („zu übermitteln- de Daten“). Anstelle der Abkürzung „idgF“ sollte es lauten: „in der jeweils geltenden Fassung“ (LRL 61; dies sollte auch in Pkt. 2.5. angepasst werden, wobei bei der Verweisung auf Rechtsvorschriften einer anderen Rechtssetzungsautorität grundsätzlich nur statisch verwiesen werden sollte). Als Schreibweise der Abkürzung für „zum Beispiel“ ist laut Anhang 1 zu den LRL der Ausdruck „zB“ (ohne Abkürzungspunkte) vorgesehen. Dies sollte auch an anderen Stellen des Anhangs angepasst werden.

Auf ein Tippversehen in Pkt. 5.7 wird hingewiesen („auf- zuweisen“).

### III. Zu den Materialien

In den Erläuterungen zu § 12 Abs. 1 müsste es im Klammerzusatz nach der Wortfolge „96 Stunden“ wohl „(4 Arbeitstage)“ lauten.

In den Erläuterungen zu § 14 Abs. 3 ist der zweite Satz (gemeint wohl: „... kein eindeutiges Ergebnis erzielbar ...“) und zum Anhang der Verordnung (Seite 10, Zu 1.1.) der zweite Satz im letzten Absatz (gemeint wohl: „ ... sind ... durchzuführen, sollte keine vollautomatisiert Bearbeitung möglich sein, ist ...“) sprachlich unvollständig.

Wien, am 4. Februar 2026

Für den Bundeskanzler:

MMag. Josef Bauer

Elektronisch gefertigt